

Beschl.-Nr. 6

STADT LANDSHUT

Auszug aus der Sitzungs-Niederschrift

des Bausenats vom 12.12.2014

Betreff: Vereinfachte Änderung gem. § 13 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 07-85/3a
"Auloh, Erweiterung zwischen bestehender Bebauung LAs 14 - Verbindungsstraße
LAs 14/Mirlach" durch Deckblatt Nr. 3;
Änderungs- und Billigungsbeschluss

Referent: I.V. Bauoberrat Roland Reisinger

Von den 10 Mitgliedern waren 9 anwesend.

In öffentlicher Sitzung wurde auf Antrag des Referenten

 einstimmig
mit --- gegen --- Stimmen beschlossen:

1. Vom Bericht des Referenten wird Kenntnis genommen.
2. Der Bebauungsplan Nr. 07-85/3a „Auloh, Erweiterung zwischen bestehender Bebauung LAs 14 - Verbindungsstraße LAs 14 /Mirlach" vom 11.12.1987 i.d.F. vom 01.12.1989 - rechtsverbindlich seit 21.01.1991 - wird für den im Plan dargestellten Bereich durch Deckblatt Nr. 3 geändert.
3. Im Sinne einer für die Stadt Landshut kostenneutralen Bauleitplanung hat der von der Planung begünstigte Grundeigentümer:
 - alle durch die Bauleitplanung verursachten Kosten zu tragen (z.B. Planungskosten, Gutachten etc.)
 - alle innerhalb des Gebietes anfallenden öffentlichen Flächen (Straßen- und Wegeflächen, öffentliche Grünflächen etc.) kostenlos und unentgeltlich vorab an die Stadt Landshut zu übereignen.
 - die anfallenden Erschließungskosten im Rahmen von Erschließungsverträgen oder städtebaulichen Verträgen zu 100% zu tragen.
4. In den Hinweisen und in der Begründung zum Deckblatt ist auf das Energiekonzept der Stadt Landshut und das Gesetz zur Förderung Erneuerbarer Energien im Wärmebereich (EEWärmeG) hinzuweisen.

5. Das Deckblatt Nr. 3 vom 12.12.2014 zum Bebauungsplan Nr. 07-85/3a „Auloh, Erweiterung zwischen bestehender Bebauung LAs 14 - Verbindungsstraße LAs 14 /Mirlach“ vom 11.12.1987 i.d.F. vom 01.12.1989 - rechtsverbindlich seit 21.01.1991 - wird in der vorgelegten Form gebilligt.

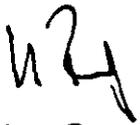
Das Deckblatt zum Bebauungsplan mit eingearbeitetem Grünordnungsplan und textlichen Festsetzungen auf dem Plan, sowie die Begründung vom 12.12.2014 sind Gegenstand dieses Beschlusses.

Gemäß § 13 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und 3 BauGB erfolgt die Beteiligung der betroffenen Öffentlichkeit durch Auslegung nach § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung berührter Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB. Der Entwurf des Deckblattes Nr. 3 zum Bebauungsplan Nr. 07-85/3a „Auloh, Erweiterung zwischen bestehender Bebauung LAs 14 - Verbindungsstraße LAs 14 /Mirlach“ ist dementsprechend auf die Dauer eines Monats auszulegen.

6. Der Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekanntzumachen.

Landshut, den 12.12.2014

STADT LANDSHUT



Hans Rampf
Oberbürgermeister

